

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Stadtrates** der Stadt Remagen vom 14.03.2011

Einladung: Schreiben vom 02.03.2011
Tagungsort: Foyer der Rheinhalle, Remagen, An der alten Rheinbrücke
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herbert Georgi

Beigeordnete/r

Hans-Joachim Bergmann
Dr. Rüdiger Finger

Ratsmitglieder

Ulrich Bebber van (ab TOP 9 ö.)

Prof. Dr. Frank Bliss

Rainer Doemen

Heinz-Peter Hammer

Kenneth Heydecke

Werner Jung

Karin Keelan

Walter Köbbing

Ute Kreienmeier (ab TOP 6 ö.)

Antonio Lopez

Norbert Matthias

Hans Metternich

Rosa Maria Müller

Thomas Nuhn

Klaus Olef

Rolf Plewa

Beate Reich

Christa Reinartz-Uhrmacher

Dr. Jörg Roßberg

Michael Schäfer

Beate Schleitzer

Fokje Schreurs-Elsinga

Michael Uhrmacher

Christine Vendel

Jürgen Walbröl
Christine Wießmann
Dr. Peter Wyborny

Verwaltung

Gisbert Bachem
Marc Bors
Peter Günther
Adalbert Krämer

Schritfführer/in

Martina Frömbgen

Entschuldigt fehlen:

Beigeordnete/r

Joachim Titz

Ratsmitglieder

Lorenz Denn
Wilfried Humpert
Stefan Kirwald
Reinhold Langen
Otto Lembke

Ortsvorsteher

Jürgen Meyer

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung vom 06.12.2010
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Kostensteigerung bei der gesetzlichen Unfallversicherung
0383/2011
- 4 Wahl eines neuen Mitgliedes für den Werkausschuss
- 5 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Abwasserzweckverband Wachtberg-Remagen

- 6 Bau- und Planungsangelegenheiten
Bauleitplanung der Stadt Remagen
Antrag auf Erlass einer Abrundungssatzung
hier: Brunnenstraße
0326/2010
- 7 Abschluss eines Vorfinanzierungsvertrages;
erstmalige Herstellung eines Teilstückes des Wester-
waldweges in Oberwinter
0350/2011
- 8 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aus-
gaben für das Haushaltsjahr 2010
0377/2011
- 9 Verabschiedung einer Resolution gegen den Rechtsex-
tremismus
0386/2011
- 10 Auflösung der Tourismus & Service GmbH
0378/2011
- 11 Erhalten und Gestalten - Ziele und Strategien für Rema-
gen
0393/2011
- 12 Mitteilungen und Anfragen

10. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 – Genehmigung der Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung vom 06.12.2010 –

einstimmig beschlossen
Enthaltung 3

Zu Punkt 2 – Einwohnerfragestunde –

Protokoll:

Es sind keine Besucher anwesend.

**Zu Punkt 3 – Kostensteigerung bei der gesetzlichen Unfallversicherung
Vorlage: 0383/2011 –**

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.01.2011 hat die Unfallkasse Rheinland-Pfalz mitgeteilt, dass die Beitragssätze für das Haushaltsjahr 2011 um 22,31 % im Vergleich zum Vorjahr angehoben werden mussten. Dadurch erhöht sich der Jahresbeitrag für die Stadt von 64.798,38 Euro auf 79.658,59 Euro, so dass sich eine zusätzliche, nicht eingeplante Belastung von 14.859,62 Euro ergibt. Diese überdurchschnittliche Erhöhung wird damit begründet, der harte Winter 2010 habe zu einem Anstieg der Unfallzahlen im ersten Halbjahr geführt (Arbeitsunfälle + 17%, Wegeunfälle +36,2%). Außerdem seien die stationären Behandlungskosten angestiegen und es käme häufiger zu Wiedererkrankungen im Bereich der Schülerunfallversicherung. Da die Mehrkosten im Haushalt 2011 nicht eingeplant waren, sind hierfür entsprechende Mittel bereitzustellen.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Mehrausgabe von 14.895,62 Euro zu.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 4 – Wahl eines neuen Mitgliedes für den Werkausschuss –

Protokoll:

Herr Heinz Holthoff (CDU) hat sein Mandat als Mitglied des Werkausschusses mit Schreiben vom 18.02.2011 niedergelegt.

Die CDU-Fraktion schlägt als Nachfolger Herrn Jürgen Meyer vor.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Jürgen Meyer, Amselweg 4, 53424 Remagen-Oedingen, per Akklamation als Mitglied in den Werkausschuss.

Der Vorsitzende hat sich gemäß § 36 Abs. 3 GemO an der Wahl nicht beteiligt.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 5 – Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Abwasserzweckverband Wachtberg-Remagen –

Protokoll:

Herr Stefan Kirwald (CDU) hat sein Mandat als stellvertretendes Mitglied im Abwasserzweckverband Wachtberg-Remagen niedergelegt.

Die CDU-Fraktion schlägt als Nachfolger Herrn Jürgen Meyer vor.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Jürgen Meyer, Amselweg 4, 53424 Remagen-Oedingen, per Akklamation als stellvertretendes Mitglied in den Abwasserzweckverband Wachtberg-Remagen.

Der Vorsitzende hat sich gemäß § 36 Abs. 3 GemO an der Wahl nicht beteiligt.

einstimmig beschlossen

**Zu Punkt 6 – Bau- und Planungsangelegenheiten
Bauleitplanung der Stadt Remagen
Antrag auf Erlass einer Abrundungssatzung
hier: Brunnenstraße
Vorlage: 0326/2010 –**

Sachverhalt:

Herr Werner Klotz möchte auf dem Grundstück in der Gemarkung Rolandswerth, Flur 10, Flurstück 19 ein neues Wohnhaus errichten. Im Zuge eines vorangegangenen Bauantragsverfahren (Bauvorbescheid) wurde ihm mitgeteilt, dass die Vorhabenfläche dem Außenbereich zuzuordnen ist. Da das Vorhaben nicht als privilegiert oder begünstigt einzustufen ist, führte der Antrag nicht zum Erfolg.

Herr Klotz beantragt nunmehr, dass für die zur Bebauung vorgesehene Teilfläche durch den Erlass einer Abrundungssatzung Baurecht geschaffen wird. Der Bauplatz sei durch eine vorhandene Privatstraße bereits erschlossen (Erschließung für Haus Brunnenstraße 19). Das Gebäude würde zudem auf der gleichen Höhe liegen wie das bestehende Haus Nr. 19 und sich damit harmonisch in das Umfeld einfügen.

Der Flächennutzungsplan stellt die Vorhabenfläche als Grün- und Waldfläche dar, die mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft überlagert ist. Als Entwicklungsziele für die Rheinhänge westlich von Rolandswerth sind im Landschaftsplan u.a. genannt: Sicherung zusammenhängender Wäl-

der; Erhaltung und Entwicklung von Obstwiesen auf ehemaligen Weinbergslagen im Verbund mit Obstwiesen am Wilhelmsberg sowie auf den Rheinhöhen und entlang der Rheinflanken.

Der Ortsbeirat Rolandswerth hat sich in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 09.11.2010 mit dem Antrag befasst. Die Bedenken der Stadt, dass mit der Annahme des Antrages eine weitere Bebauung in Richtung Norden hinter den Häusern Brunnenstraße 24 bis 34 zu befürchten ist, wurde nicht geteilt. Eine Bebauung der angrenzenden Flächen scheidet aus, da es sich um ehemalige Bergbauflächen handelt, den weiteren Grundstücken mangle es an einer Erschließungsmöglichkeit. Der Ortsbeirat befürwortete mithin den Antrag unter der Maßgabe, dass der Antragsteller im Rahmen des Verfahrens durch ein geologisches Gutachten den Nachweis erbringen müsse, dass sein Vorhaben weder die ehemaligen Abbauflächen gefährde noch selbst hierdurch gefährdet sei.

Herr Günther erläutert anhand eines Lageplanes, warum der Erlass einer Abrundungssatzung an dieser Stelle sinnvoll ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Bauantrag ab, da es sich ihres Erachtens um eine strahlenförmige Expansion des Baugebietes handelt.

Nach erfolgter Beratung ergeht nachstehender

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, gemäß dem Antrag das Aufstellungsverfahren für eine Abrundungssatzung einzuleiten. Notwendige Unterlagen sind durch den Antragsteller zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist gutachterlich nachzuweisen, dass sich der vorgesehene Bauplatz für eine Bebauung eignet und keine Gefahren verursacht oder sich solchen aussetzt.

mehrheitlich beschlossen
Nein 7

**Zu Punkt 7 – Abschluss eines Vorfinanzierungsvertrages;
erstmalige Herstellung eines Teilstückes des Westerwaldweges
in Oberwinter
Vorlage: 0350/2011 –**

Sachverhalt:

Walter Möhren hat die Grundstücke in der Gemarkung Oberwinter, Flur 7, Flurstücke 396/4 und 396/5 (Westerwaldweg 13 – 15) erworben und bebaut diese zur Zeit mit einem Einfamilienwohnhaus. Da im Bereich der Grundstücke die Straße noch nicht erstmalig hergestellt ist, bot Walter Möhren an, den Straßenbau dort im Jahr 2011 durchzuführen. Die Stadt wird den übrigen Straßenverlauf im Jahr 2012, spätestens im Jahr 2013 komplettieren. Im Rahmen eines Vorfinanzierungsvertrags wird der Er-

schließungsträger die Kosten des 1. Bauabschnittes zunächst übernehmen. Nach Abschluss der kompletten Bauarbeiten werden ihm diese erstattet, wobei anteilige Erschließungsbeiträge verrechnet werden. Der Ortsbeirat Oberwinter hat dem Vorhaben zugestimmt. Der Vorfinanzierungsvertrag liegt allen Ratsmitgliedern in Kopie vor.

Herr Bachem stellt anhand eines Lageplanes die Fläche dar, die vom Vorfinanzierungsvertrag betroffen ist. Da noch keine konkrete Planung vorliegt, könne die Höhe der Kosten noch nicht beziffert werden. Sobald in den Folgejahren der Ausbau des übrigen Straßenverlaufs durch die Stadt erfolgt ist, wird die Maßnahme unter Einbeziehung der jetzt in Rede stehenden Fläche als Erschließungsmaßnahme abgerechnet. Dem Ortsbeirat wird die komplette Planung vorgelegt. Ebenfalls wird noch eine Information der Anlieger über die Ausbauart erfolgen.

Einige Ratsmitglieder lehnen den Antrag ab, da ihres Erachtens kein öffentliches Interesse für die geplante Herstellung des Westerwaldweges besteht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, mit Herrn Walter Möhren einen Vorfinanzierungsvertrag bezüglich der erstmaligen Herstellung eines Teilstückes des Westerwaldweges abzuschließen. Die exakte Abgrenzung des herzustellenden Bereiches erfolgt durch die Festsetzung des Bauprogramms.

Ratsmitglied Müller hat sich an der Beratung und Beschlussfassung wegen Sonderinteresse gemäß § 22 GemO nicht beteiligt.

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 8 Enthaltung 1 Sonderinteressen 1

Zu Punkt 8 – Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 0377/2011 –

Sachverhalt:

Eine Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Ergebnis- und des Finanzhaushalts, die in die Kompetenz des Stadtrates fallen, ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beratungsbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den im Haushaltsjahr 2010 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Ergebnis- und des Finanzhaushalts zu.

einstimmig beschlossen

Enthaltung 4

Zu Punkt 9 – Verabschiedung einer Resolution gegen den Rechtsextremismus
Vorlage: 0386/2011 –

Protokoll:

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Anträge der FDP-Fraktion auf Erlass einer Resolution des Stadtrates gegen rechtsextreme Aktivitäten, der Wählergruppe Remagen zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Adolf Hitler und die Anregung der SPD-Fraktion, die Schulen an Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen sowie auf den Entwurf der Resolution, der dem Stadtrat vom Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgeschlagen wurde. Außerdem teilt er mit, dass die Stadt Remagen im Bewerbungsverfahren für das Programm der Bundesregierung „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ an 2. Stelle rangiert und damit gute Aussichten auf eine Zusage hat.

Ratsmitglied Prof. Dr. Bliss nimmt Bezug auf die intensive Diskussion im Ausschuss über die Resolution. Er begrüßt die Initiative an sich, hat jedoch Bedenken hinsichtlich des Textes, weil dieser sich global gegen jeden Extremismus richtet. Er spricht sich dafür aus, den Wortlaut der Resolution auf Faschisten bzw. Rechtsradikale zu beschränken. Die WGR-Fraktion erklärt, sie teile diese Auffassung.

Ratsmitglied Plewa stellt für sich fest, dass Remagen für die Zwecke der Rechtsradikalen missbraucht wird und dagegen solle man kämpfen. Er halte es für besonders wichtig, dass man gemeinschaftlich hinter den Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus stehe und dies durch den Erlass der Resolution, die im Wortlaut fast identisch mit der des Kreises ist, zu bekräftigen.

Ratsmitglied Keelan bittet die Verwaltung darum, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv zu unterstützen, z.B. durch Auslage von Flyern etc. in der Tourist-Info. Sie macht auf einen Workshop des Bündnisses für Frieden und Demokratie am 09.04.2011 aufmerksam. Sie verbindet damit die Bitte an die Ratsmitglieder, Mitglied in diesem Bündnis zu werden.

Die CDU-Fraktion signalisiert in ihrem Diskussionsbeitrag, dass sie der Verabschiedung der vorliegenden Resolution zustimmen werde.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Erlass der nachstehenden Resolution:

„ Resolution des Rates der Stadt Remagen gegen rechtsextreme Aktivitäten

Der Stadtrat betrachtet die Entwicklung der rechtsextremistischen Aktivitäten und Neo-Nazi-Aufmärsche insbesondere in Remagen und im Landkreis Ahrweiler mit Sorge.

Diese Entwicklung sowie die nun jährlich in Remagen von rechtsextremen Gruppen durchgeführten Demonstrationen sind aktueller Anlass dieses Aufrufes gegen Rechtsextremismus durch den Rat der Stadt Remagen. Wir danken insbesondere den Menschen, die in besonnener Weise an der Mahnwache des Bündnisses Remagen für Frieden und Demokratie teilgenommen haben sowie der Polizei und den Sicherheitskräften, deren besonnenes und konsequentes Handeln größere Gewalttätigkeiten verhindert haben.

Der Stadtrat verurteilt Extremismus in jedweder Form, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus sowie Diffamierung und Gewalt gegen ethnische, soziale, kulturelle und andere Minderheiten. Der Stadtrat hält es deshalb für ein dringendes Gebot der Stunde, dass die demokratischen Kräfte gemeinsam gegen alle Art von Gewalt vorgehen, Extremisten Einhalt gebieten und für den Schutz der Menschen in unserem Land eintreten. Der Stadtrat ruft deshalb alle Bürgerinnen und Bürger in Remagen auf, deutlich zu machen, dass ein Klima von Ausgrenzung, Hass und Gewalt nicht geduldet wird.

Darüber hinaus ruft der Stadtrat alle Bürgerinnen und Bürger auf, auch künftig deutlich Zivilcourage zu zeigen. Gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern wollen die Mitglieder des Stadtrates

- sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen verwahren,
- bei Übergriffen von Extremisten nicht wegsehen,
- bei extremistischen Straftaten unverzüglich die Polizei einschalten und
- aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben eintreten.

Gleichzeitig bekennt sich der Stadtrat zu seiner Verpflichtung

- jeder Art von extremistischen Aktivitäten im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken,
- in Schulen und Jugendeinrichtungen die demokratische Entwicklung junger Menschen zu fördern und in der Auseinandersetzung mit extremistischen Aktivitäten zu stärken und ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus und Gewalt zu fördern und zu unterstützen. Für die Bürgerinnen und Bürger in Remagen erklärt der Stadtrat: Gemeinsam wollen wir die Ursachen gewalttätigen Handelns bekämpfen, tolerante und humanitäre Gesinnung sowie Zivilcourage stärken, die Haltung des „Wegsehens“ und „Weghörens“ überwinden und uns für einen breiten Konsens gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Eine Bewerbung für das Programm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist bereits auf den Weg gebracht.
- Der Rat der Stadt Remagen unterstützt das in Remagen gegründete Bündnis für Frieden und Demokratie in seinem Wirken gegen die Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

- Ehrenbürgerrechte, die an führende Nationalsozialisten verliehen wurden, sind ebenso wie alle anderen Ehrenbürgerrechte mit dem Tod der Betroffenen erloschen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 23 der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung sowie Art. VIII, Ziffer II der Direktive 38 des Alliierten Kontrollrates vom 12. Oktober 1946. Gleichwohl nimmt die Stadt Remagen einen zu diesem Thema gestellten Antrag zum Anlass, sich von der durch den Stadtrat 1933 ausgesprochenen Ehrung für Adolf Hitler und Paul von Hindenburg ausdrücklich zu distanzieren.“

mehrheitlich beschlossen

Nein 1

Zu Punkt 10 – Auflösung der Tourismus & Service GmbH
Vorlage: 0378/2011 –

Sachverhalt:

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gesellschafterversammlung Herrn Gierlich, den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Vito-Irmen in Kripp, für die Interimszeit vom 01.01.2011 bis 31.03.2011 zum Verwalter bestellt hat. Das Steuerbüro Gansen ist mit der Erstellung des Abschlusses für die letzten fünfzehn Monate beauftragt. Die Liquidation ab 01.04.2011 übernimmt das Büro Dornbach und Partner.

Die Kritik der WGR-Fraktion, der Rat habe in der Angelegenheit lediglich eine „Abnick-Funktion“ zu erfüllen, wird von der CDU-Fraktion zurückgewiesen; der Haupt- und Finanzausschuss habe mehrmals einen Zwischenbericht über den Sachstand erhalten. Im übrigen habe der Vorsitzende die Interessen der städtischen Gremien vertreten. Eine Kritik sei hier nicht angebracht.

Im Verlauf der Beratung beantwortet der Vorsitzende einige Fragen der Ratsmitglieder hinsichtlich der künftigen Aufgabenübertragung im Bereich Tourismus.

Abschließend kommt der Rat überein, den Themenkomplex „Tourismus“ – wie von der Verwaltung bereits zugesagt – in einer der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzungen separat zu behandeln.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Liquidation der TSG zum 31.03.2011 zu.

mehrheitlich beschlossen

Nein 3

Zu Punkt 11 – Erhalten und Gestalten - Ziele und Strategien für Remagen Vorlage: 0393/2011 –

Sachverhalt:

Vor Eintritt in die Beratung schildert der Vorsitzende den Sachverhalt und erklärt, dass In der Sitzung des Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsausschusses am 01. Juni 2010 vereinbart wurde, einen Arbeitskreis zu bilden, in dem das von der Verwaltung in der Sitzung des gleichen Ausschusses am 16. Dezember 2009 vorgelegte Papier "Ziele und Strategien für Remagen" diskutiert werden sollte.

Der Arbeitskreis hat zweimal getagt und noch einige Anregungen und Ergänzungen in das Papier eingebracht. Das Strategiepapier wurde dann von der Verwaltung in aktualisierter Form dem Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsausschuss zur abschließenden Beratung vorgelegt. Auch den Fraktionen wurde über die Fraktionsvorsitzenden Gelegenheit zur Beratung gegeben.

Der Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsausschuss war sich einig, dass das inzwischen umbenannte Strategiepapier „Erhalten und Gestalten – Ziele und Strategien für Remagen“ eine sehr gute Grundlage für die zukünftige Arbeit von Politik und Verwaltung darstellt und empfiehlt dem Stadtrat, es zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Sachstände und notwendige Fortschreibungen sollen halbjährlich im Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsausschuss beraten und einmal pro Jahr dem Stadtrat vorgelegt werden.

Das Strategiepapier wurde aufgrund seines Umfangs allen Stadtratsmitgliedern vor der Sitzung in Papierform zur Verfügung gestellt.

Nach dem Sachvortrag des Vorsitzenden gibt die SPD-Fraktion ihre Stellungnahme ab. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ratsmitglied Kreienmeier dankt Herrn Bors für die hervorragend geleistete Arbeit, erklärt jedoch, sie vermisse das Setzen von Schwerpunkten. Sie stellt daher nachstehenden Antrag:

„Die WGR-Fraktion beantragt, in Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsausschuss und den Fraktionen eine Prioritätenliste zu entwickeln und mit Blick auf das finanziell Machbare einen Zeitrahmen zu stecken, innerhalb dessen die Realisierung erfolgen soll.

Ratsmitglied Dr. Wyborny kritisiert das Papier als ein Zusammentragen von Ideen von vor 20 Jahren. Seines Erachtens müsse die Reihenfolge der Inangriffnahme der Projekte eine andere sein, indem z.B. zunächst Vorschläge für die Gestaltung der Fußgängerzone erarbeitet, die mit den Grundstückseigentümern abgestimmt und dann letztendlich umgesetzt werden. Auch Ratsmitglied Lopez bezeichnet das Papier als eine reine Bestandaufnahme, das keine Ziele und Strategien enthält. Ratsmitglied Prof. Dr. Bliss ist der Ansicht, dass die fehlende Fokussierung noch erfolgen kann und Ziele formuliert werden können. Hier sollten sich die Fraktionen weiterhin einbringen.

Ratsmitglied Heydecke versteht das Papier lediglich als Leitfaden und nicht als fixes Konzept, so dass es laufend sowohl auf Initiative der Verwaltung als auch des Rates überarbeitet werden kann.

Ratsmitglied Wießmann spricht sich gegen den Antrag der WGR-Fraktion aus, weil viele Aufgaben, die im Strategiepapier definiert sind, von gleicher Wichtigkeit sind und daher keine Fokussierung möglich sei.

Nachdem alle Argumente ausgetauscht sind, lässt der Vorsitzende über den Antrag der WGR-Fraktion abstimmen. Der Antrag wird gegen 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt zudem, dass die Verwaltung künftig bei allen Beschlussvorlagen einen Hinweis geben wird, ob der Tagesordnungspunkt im Strategiepapier enthalten ist oder nicht.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt das Strategiepapier „Erhalten und gestalten – Ziele und Strategien für Remagen“ zustimmend zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen
Nein 1 Enthaltung 2

Anlage

Zu Punkt 12 – Mitteilungen und Anfragen –

Protokoll:

Mitteilungen und Anfragen liegen keine vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18:35 Uhr.

Remagen, den 25.03.2011
Der Vorsitzende

Schriftführer/in

Herbert Georgi
Bürgermeister

Martina Frömbgen